

14. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 19. Oktober 2016

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda (ab 19:07 Uhr), Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Inführ Reinhard, Mayer Wolfgang, Wiesner Karin	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	
<u>Entschuldigt:</u>	StR Eisler Elfriede (SPÖ) StR Holzer Othmar (SPÖ) GR Gübler Gerda (SPÖ) (bis 19:07 Uhr)	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 20.09.2016

III. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Löschungserklärung – Homebase Projektentwicklung GmbH
- 2.) Löschungserklärung – Bergmann Gerhard
- 3.) Löschungserklärung – Zatl Franz und Margarete
- 4.) Löschungserklärung – Paul Waltraud

IV. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

- 1.) Städtischer Friedhof – Sanierung, Zu- und Umbau Verwaltungsgebäude - Vergabe von Leistungen
- 2.) EHZ Hallenbad – Photovoltaikanlage – Vergabe von Leistungen
- 3.) Pflegeheim Stockerau – Austausch Gebäudeleittechnik – Vergabe von Leistungen

b) Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung

- 1.) Festlegung Kostenbeiträge für Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten

V. Antrag gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973

- 1.) Umgang der FPÖ mit Gemeindebediensteten der Stadtgemeinde Stockerau

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Wirtschaftsförderung
- 2.) Kompensationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Baulandwidmungserweiterungen - Vereinbarung

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Bürgermeister Laab gibt bekannt, dass die **GRÜNEN vier Dringlichkeitsanträge** eingebracht haben.

**1.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –
Kindergartenplätze für alle in Stockerau gemeldeten 3-5 jährigen Kindern**

Gemeinderätin Kamath-Petters:

Begründung: Im ehemaligen Gerichtsgebäude sind 8 drei- bis fünfjährige Kinder untergebracht, die keinen Kindergartenplatz haben.

Diese Kinder haben seit dem Frühling durch die tägliche ehrenamtliche Kinderbetreuung wichtige Fertigkeiten erlangt. Damit wurden die Eingewöhnung und Integration in vorschulische Bildungseinrichtungen bzw. für später, in die Primarstufe, unterstützt:

- Die Kinder haben bereits Grundkenntnisse in Deutsch erworben.
- Sie haben die Werte und Gepflogenheiten in Österreich und die Struktur der Kinderbetreuung kennen gelernt (Pünktlichkeit, Tagesstruktur, etc.).
- Es wurden wichtige Schritte für die Entwicklung grundlegender Fähigkeiten (Koordination, Emotion, Lern- und Arbeitsverhalten, Konzentration) gesetzt.

Haben die hier wohnhaften asylwerbenden Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren die Möglichkeit, einen der fünf Kindergärten in Stockerau zu besuchen, kommt dies allen Kindern zugute. Denn es kann später ein reibungsloser Einstieg in den Schulalltag unterstützt werden. Wird nämlich im Kleinkindalter angesetzt, können später Sprachkurse außerhalb des Unterrichts, Fördermaßnahmen und Stützkräfte reduziert werden.

Dringlichkeit: Stehen nicht ehestmöglich Kindergartenplätze für die im ehemaligen Gerichtsgebäude wohnhaften und gemeldeten Kinder zur Verfügung, gehen wertvolle, teilweise bereits erworbene Kompetenzen für die Schulen verloren. Es ist äußerst wichtig, die begonnenen Integrationsmaßnahmen im Rahmen des täglichen Kindergartenbesuchs fortzuführen. Dies sowohl im Sinne der asylwerbenden Kinder sowie im Sinne aller Kinder in Stockerau.

Daher wird beantragt, der Gemeinderat möge bitte beschließen:

- Bekanntgabe der Anzahl der Kindergartengruppen und die Kinderanzahl pro Gruppe in den Kindergärten in Stockerau
- Prüfung der Verfügbarkeit von insgesamt 1 – 2 Kindergartenplätzen pro Kindergarten für die 3 - 5jährigen in Stockerau gemeldeten asylwerbenden Kinder
- Berichterstattung des Bürgermeisters über die Verfügbarkeit von Kindergartenplätzen in der nächsten Gemeinderatssitzung.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

**2.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –
Verkehrskonzept Stockerau**

Gemeinderat Pfeiler: Vergangene Woche wurde im Bereich Mühlgasse ein Fußweg in einen gemischt benützbaren Fuß- und Radweg umgewandelt. So nützlich diese Maßnahme für das Schließen von Lücken im kleinräumigen Verbindungsnetz auch sein mag, nach wie vor fehlen erkennbare Umsetzungsschritte in Hinblick auf die im Entwurf zum Verkehrskonzept vom Februar 2015 aufgezeigten und dringend erforderlichen Haupttrouten im Radwegenetz der Stadt Stockerau. Wir fordern an Stelle von isolierten punktuellen Einzelmaßnahmen vielmehr wirksame Maßnahmen im nach wie vor lückenhaften Radwegenetz der Stadt Stockerau. Diese Maßnahmen wurden im Entwurf zum Verkehrskonzept bereits ausführlich aufgezeigt und mit hoher Priorität versehen. Eine Umsetzung wurde bisher nicht in Angriff genommen.

Begründung der Dringlichkeit: Für 27.10. ist eine Sitzung des Verkehrsausschusses einberufen worden. Entgegen bisheriger Zusagen fehlt neuerlich der Agendapunkt Verkehrskonzept bei diesem Verkehrsausschuss.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Finalisierung des Verkehrskonzeptes Stockerau

Das Verkehrskonzept wurde mit einem Wert von rd. €100.000,-- im Jahr 2014 beauftragt. Aufgrund der bereits geleisteten weitführenden Vorarbeiten, Ausgaben und der Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt soll das Verkehrskonzept verbindlich im kommenden Verkehrsausschuss am 27.10. besprochen werden. Dabei sollen die erforderlichen Schritte und Zeitplan zur Finalisierung und Abschluss der Konzeptphase besprochen und vereinbart werden. Im kommenden Gemeinderat soll über die erzielten Ergebnisse berichtet werden.

Ich bitte um die Zustimmung der Dringlichkeit.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

**3.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –
Verkaufsmoratorium für den Körnerplatz**

Gemeinderat Pfeiler: Beim Körnerplatz handelt es sich um eine der letzten großen und frei bespielbaren Wiesen im Stadtgebiet von Stockerau. Die erfolgte Umwidmung und der drohende Verkauf, mit dem damit einhergehenden drohenden Verlust der wichtigen Funktionen, die dieser Platz für die Stockerauer Bevölkerung, allen voran Kindern und deren Familien erfüllt, ist nach wie vor Thema in der Stockerauer Bevölkerung. Auch die Untersuchungen hinsichtlich von Ablagerungen sind noch nicht abgeschlossen. Die mehr als 2.000 gesammelten Unterschriften sind ein deutliches und wichtiges Zeichen für die Erhaltung dieses Platzes in seiner heutigen Größe und Funktion.

Begründung der Dringlichkeit: Vermeidung von verlorenen Aufwand für Grundstücksteilung, Parzellierung, Vertragserrichtung, falls die noch ausstehenden endgültigen Gutachten einer Baulandnutzung entgegenstehen.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Verkaufsmoratorium für den Körnerplatz

Bis auf weiteres werden seitens der Stadtverwaltung, insbesondere des Bauamtes, keinerlei weitere Aktivitäten hinsichtlich Grundstücksteilung, Parzellierung und Verkauf der Grundstücke am Körnerplatz gesetzt. Das Verkaufsmoratorium kann erst durch einen neuerlichen Beschluss des Gemeinderates wieder aufgehoben werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

4.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – Schutz vor Bahnlärm für die Stockerauer Bevölkerung

Gemeinderat Pfeiler: Jüngste Medienberichte haben das Thema Bahnlärm in Stockerau thematisiert. Die frei und online einsehbaren Lärm-Immissionskarten auf der Internetseite laerminfo.at weisen für das Stockerauer Stadtgebiet, allen voran im Bereich Donaulände und Donaustraße vom Zugverkehr verursachte Immissionswerte, Basis 2012, von 70-75 dB aus. Damit besteht in Hinblick auf die einzuhaltenden Grenzwerte Handlungsbedarf. Als Umweltgemeinderat der Stadt Stockerau habe ich mit den zuständigen Stellen Kontakt aufgenommen. Seitens der ÖBB-Infrastruktur AG gibt es österreichweit einheitliche Verfahrensregelungen, um Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnstrecken gemeinsam mit den Anrainergemeinden umzusetzen, insbesondere der erforderlichen Kostenteilungen für

Planung und Bau. Sowohl die Planungs- wie auch die Umsetzungskosten sind bei vorsorglicher Budgetierung machbar, insbesondere unter Berücksichtigung der mehrjährigen Umsetzungszeiträume. Leider wurden bereits vor mehreren Jahren begonnene Gespräche seitens der Stadtverwaltung wieder eingestellt. Diese Gespräche sollten im Sinne der Stockerauer Bevölkerung ehestmöglich wieder aufgenommen werden, um die Stockerauer Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Lärmimmissionen wirksam zu schützen.

Begründung der Dringlichkeit: Unter Berücksichtigung der mehrjährigen Umsetzungszeiträume bei Planung und Bau eines derartigen Lärmschutzvorhabens sollten die Gespräche rasch wieder aufgenommen werden, um nicht weitere Zeit für die Realisierung eines wirksamen Lärmschutzes zu verlieren.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Wiederaufnahme der Gespräche mit ÖBB-Infrastruktur betr. Lärmschutz in Stockerau

Die Stadtverwaltung möge die Gespräche hinsichtlich Planung und Errichtung eines Lärmschutzes entlang der Bahn ehebaldigst wieder aufnehmen. Ziel der Gespräche ist die Erzielung einer Planungs- und Errichtungsübereinkunft für Lärmschutzmaßnahmen zwischen ÖBB-Infrastruktur, Stadtgemeinde Stockerau und Land NÖ. Über den Stand der Gespräche ist dem Verkehrsausschuss bzw. dem Gemeinderat regelmäßig zu berichten.

Ich ersuche um Zustimmung.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

II. Genehmigung des Protokolls vom 20.09.2016

Bürgermeister Laab: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 20.09.2016 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Gemeinderat Dummer: Ich habe eine Frage zum Protokoll und zwar bin ich mir jetzt nicht sicher, ob es sich hier um einen Irrtum der Protokollierung handelt. Auf der Seite 731 beim Nachtragsvoranschlag – Vorhaben 72 KIG – ist ein zusätzlicher Zuschuss von € 2,6 Mio., also zusätzlich zu diesen € 2,1 Mio., die schon im Voranschlag beschlossen wurden, in Summe dann € 4,7 Mio. Zuschüsse an die KIG heuer beschlossen worden, und zwar im außerordentlichen Haushalt ein Zuschuss für die Verlustabdeckung in dieser Gesellschaft. Kann das sein, dass das wirklich im außerordentlichen Haushalt durch die Deckung eines Darlehens beschlossen wurde, weil ja die Gemeinde zur Abdeckung von Verlusten keine Darlehen aufnehmen darf. Die Verlustabdeckung in einer 100%igen Gesellschaft durch die Aufnahme eines Darlehens demnach ja auch nicht zulässig wäre. Ich bin mir nicht sicher, ob es sich hier um einen Fehler handelt oder ob das tatsächlich so beschlossen wurde. Abgesehen davon haben Sie ja in der Sitzung am 13.07. berichtet, dass in dieser Gesellschaft alles bestens ist und nach Plan läuft. Insofern verwundert es mich, dass da jetzt zusätzlich noch nach zwei Monaten ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von € 2,6 Mio. beschlossen werden muss, obwohl Sie ja im Juli berichtet haben, dass alles bestens ist.

Bürgermeister Laab: Herr Gemeinderat Dummer, ich habe jetzt ein Verständnisproblem. Wir reden jetzt hier über die Abstimmung des Protokolls. Hier geht es um die Wortmeldungen in der letzten Sitzung, da geht es um die Wiedergabe dieser Wortmeldungen, dass das ordnungsgemäß protokolliert worden ist. Diese Frage, die Sie stellen, hat jetzt nichts mit dem Wortlaut des Protokolls zu tun, sondern das sind inhaltliche Auskünfte aus dem Voranschlag, der dort nicht in der Form diskutiert worden ist. Also deswegen möchte ich noch einmal fragen, ob es Einwände gibt, gegen die Beschlussfassung, dass dieses Protokoll so beschlossen werden kann.

Gemeinderat Dummer: Also, das ist richtig?

Bürgermeister Laab: Das ist das, was im Protokoll steht, die Wortführung ist richtig wiedergegeben. Ja.

Gemeinderat Dummer: Gut.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

III. Anträge des Bürgermeisters

1.) Löschungserklärung – Homebase Projektentwicklung GmbH

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Homebase Projektentwicklung GmbH (FN 355299z) zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 6029 ist unter A2 / 3 a die Entrichtung einer Ergänzungsabgabe hins. Gst. .636/4 für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, erteilt hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Eintrages "Entrichtung einer Ergänzungsabgabe hins. Gst. .636/4 ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 6029 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

2.) Löschungserklärung – Bergmann Gerhard

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Bergmann Gerhard, geb. 26.11.1962 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11151 Unterzögersdorf, Einlagezahl 210 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 210 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Unterzögersdorf einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

3.) Löschungserklärung – Zatl Franz und Margarete

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Zatl Franz, geb. 15.02.1943 und der Zatl Margarete, geb. 29.01.1921 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4397 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4397 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

4.) Löschungserklärung – Paul Waltraud

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Paul Waltraud, geb. 05.04. zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4322 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4322 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

IV. Anträge des Stadtrates

a.) Finanzen

1.) Städtischer Friedhof – Sanierung, Zu- und Umbau Verwaltungsgebäude - Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in seiner Sitzung am 15.Juni 2016 den grundsätzlichen Beschluss gefasst, die städtische Bestattung vom Rathaus in das Verwaltungsgebäude des städtischen Friedhofes zu verlegen und zusätzlich ein Wirtschaftsgebäude und einen überdachten Stellplatz für die Dienstfahrzeuge zu errichten. Dafür sind umfangreiche Sanierungsarbeiten am Bestandsobjekt erforderlich.

Die Ausführung soll entsprechend der Planung der Stadtgemeinde Stockerau erfolgen. Bei geschätzten Errichtungskosten in der Höhe von € 570.000,00 zzgl. USt. wurde entsprechend dem Bundesvergabegesetz für die Ausschreibung der erforderlichen Generalunternehmerleistungen ein nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung mit einem Schwellenwert bis max. € 1.000.000,00 excl. USt. gewählt.

Die eingelangten Angebote wurden von der Stadtgemeinde Stockerau normgemäß geprüft und liegt nachstehendes Ausschreibungsergebnis sowie der entsprechende Vergabevorschlag vom 30.09.2016 vor.

<u>Firma</u>	<u>Netto</u>	<u>Differenz %</u>	<u>Reihung</u>
Schmidt	€ 569.910,00	+ - 0,00	1
Hupf	€ 588.732,00	+ 3,30	2
Huemer	€ 607.497,50	+ 6,59	3
Aichinger	€ 617.271,71	+ 8,31	4

Auf Grund des vorliegenden Ausschreibungsergebnisses wird empfohlen, die erforderliche Generalunternehmerleistung an folgendes Unternehmen zu vergeben:

Firma

Schmidt GmbH

A. Grundschober-Gasse 3, 2000 Unterzögersdorf

mit einer Auftragssumme von

€ 569.910,00 netto

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich ist das ein positives Projekt. Ich wollte nur kurz zwei Dinge abfragen und zwar: Es waren diesmal keine Plangrundlagen dabei. Entspricht die jetzt durchgeführte Ausschreibung den Plänen, die beim letzten oder beim vorletzten Mal beim Grundsatzbeschluss dabei gelegen sind, oder gab es hier noch wesentliche Plan- oder Konzeptänderungen?

Bürgermeister Laab: Meines Wissens wesentliche Änderungen gab es nicht, es gab nur inhaltlich ein paar Abänderungen, die auch mit den Wünschen der Friedhofsverwaltung zusammenhängen. Das sind hauptsächlich die Werkstätten oder diese Lagerräume, die hier noch berücksichtigt wurden.

Gemeinderat Pfeiler: Danke. Und eine zweite Frage noch zu dem Projekt. Bei Projekten dieser Größenordnung ist es ja üblich, dass wir Ausschreibungsunterlagen durch einen Ziviltechniker erstellen lassen und dann die Ausschreibung eben durch beratende Büros durchführen. Wie ist das in diesem Fall erfolgt? Hat das Bauamt die Ausschreibungsunterlagen erstellt oder wie ist das gelaufen? Die Auftragssumme ist ja doch relativ groß mit € 570.000,--.

Bürgermeister Laab: Die Ausschreibung ist vom Bauamt durchgeführt worden und entspricht so wie es auch im Amtsbericht steht „entsprechend dem Bundesvergabegesetz für die Ausschreibung der Originalunternehmerleistungen im nicht offenen Verfahren ohne vorhergehende Bekanntmachung mit einem Schwellenwert von maximal € 1 Mio. exklusive Umsatzsteuer gewählt worden“.

Gemeinderat Pfeiler: Danke für die Auskünfte.

Gemeinderätin Kamath-Petters: In den Unterlagen steht nichts von barrierefreier Bauweise. Ich möchte appellieren, dass das noch hineinkommt. Da gibt es die ÖNORM, das sind zwei ÖNORMEN.

Bürgermeister Laab: Selbstverständlich ist barrierefrei vorgesehen.

Gemeinderat Dummer: Ich möchte positiv bemerken, dass es sehr erfreulich ist, dass verstärkt Stockerauer Betriebe auch bei der Einladung zu dieser Ausschreibung berücksichtigt wurden und vor allem auch erfreulich, dass ein Stockerauer Unternehmen hier als Bestbieter hervorgegangen ist, weil es sicher in unserem Interesse ist, dass wir die lokale Wirtschaft berücksichtigen und schützen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

2.) EHZ Hallenbad – Photovoltaikanlage – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es besteht die Absicht, auf der Grünfläche der Parzelle 3771/27 nördlich des Hallenbades eine 30 kWp PV-Anlage aufzustellen, um die Grundlast des Hallenbades abzudecken. Zusätzlich sollen die Förderpumpen gegen drehzahlgesteuerte, energiesparende Pumpen getauscht werden. Dabei ist mit Einsparungen in der Höhe von € 3.906,14 pro Jahr zu rechnen.

Die Ausführung der Photovoltaikanlage und der Austausch der Pumpen soll entsprechend der Planung vom Büro für Unternehmungsberatung für erneuerbare Energien-Die schlaue Energie Zitz e.U. erfolgen. Bei geschätzten Errichtungskosten in Höhe von € 50.000,00 exkl. USt. wurde entsprechend dem Bundesvergabegesetz die freie Vergabe gewählt. Dafür wurden jeweils 3 Unternehmen zur Angebotsabgabe eingeladen.

Die eingelangten Angebote wurden vom Büro für Unternehmungsberatung für erneuerbare Energien-Die schlaue Energie Zitz e.U. normgemäß geprüft und liegt nachstehendes Ausschreibungsergebnis und sowie der entsprechende Vergabevorschlag vom 25.09.2016 vor:

PV Anlage

<u>Firma</u>	<u>Netto</u>	<u>Differenz %</u>	<u>Reihung</u>
Fa. Solavolta	€ 36.363,89	+ - 0,00	1
Fa. Noortec	€ 38.460,00	+ 5,76	2
Fa. Nikko	€ 45.090,74	+ 24,00	3

Die erforderlichen Nebenkosten für den Zählertausch, den Einbau eines Spannungswächters, LAN-Kabel, Grabungsarbeiten und einer Einfriedung der Freiflächenanlage werden mit € 5.200,00 veranschlagt.

Pumpentausch

<u>Firma</u>	<u>Netto</u>	<u>Differenz %</u>	<u>Reihung</u>
PAS Pumpentechnik	€ 15.926,00	+ - 0,00	1
GWT	€ 21.101,20	+ 32,50	2
KSB	€ 25.421,87	+ 59,62	3

Aufgrund des vorliegenden Ausschreibungsergebnisses wird empfohlen, nachstehende Leistungen an folgende Unternehmen zu vergeben.

PV Anlage

Solavolta GmbH

Markusweg 1, 7072 St. Margarethen

mit einer Auftragssumme von

€ 36.363,89

Pumpentausch

PAS Pumpentechnik

Bockfließersstraße 13, 2232 Deutsch Wagram

mit einer Auftragssumme von

€ 15.926,00

Entsprechend dem Vergabebericht bestehen Zusagen über Fördermittel für die EU kofinanzierte Förderung (ELER) vom Bund in der Höhe von € 5.689,13 und Förderung EU in der Höhe von € 5.560,87. Somit wird die PV-Anlage insgesamt mit € 11.250,00 gefördert und verbleibt ein Investitionsbedarf für die Stadtgemeinde Stockerau in der Höhe von € 30.313,89.

Im Rahmen des Fördermodells Energiesparen für Gemeinden wurde beim Klima-Energie-Fond um entsprechende Förderung angesucht. Die Investition wird mit 30% gefördert, das sind € 3.344,46. Eine definitive Förderzusage liegt zurzeit noch nicht vor.

Gemeinderat Dummer: Es ist nicht ausschreibungspflichtig, aber haben wir trotzdem mehrere Angebote eingeholt?

Bürgermeister Laab: Für die Photovoltaikanlage gab es drei Angebote Solavolta, Nordtec und Nico. Der zweite war 5,76 % über dem Bestbieter.

Gemeinderat Pfeiler: Die Errichtung der Photovoltaikanlage und der Pumpentausch in Hinblick auf energiesparende Pumpen im Hallenbad ist natürlich ein grundsätzlich sinnvolles Projekt. Was hier etwas schmerzt, ist, dass für die Aufstellung der Photovoltaikanlage genau die Fläche jetzt in Anspruch genommen wird, die eigentlich geeignet wäre, um das Freibad zu erweitern oder eventuell auch Campingplatzanlagen zu errichten. Das Umwidmungsverfahren im Bereich der Kaiserrast ist ja nach Rückmeldung des Amtes der Landesregierung an sich noch nicht abgeschlossen. Ein naturschutz- und raumplanungsfachliches Gutachten wird wahrscheinlich zu erstellen sein, um die Umwidmung bei der Kaiserrast abschließend beurteilen zu können. Daher würde ich vorschlagen, einen alternativen Standort für die Aufstellung der Photovoltaikpaneele in Erwägung zu ziehen, um hier nicht für spätere Entwicklungen gehemmt zu sein.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	1 (Pfeiler)
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	2
	NEOS	1

3.) Pflegeheim Stockerau – Austausch Gebäudeleittechnik – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit der Errichtung des Pflegeheimes der Stadtgemeinde Stockerau, Landstraße Nr. 16, 2000 Stockerau wurde auch ein baugleiches, digitales Gebäudeleitsystem wie im Krankenhaus vom Typ BAS 2800 installiert. Damit konnte die gesamte Haustechnik von einem zentralen Arbeitsplatz im Krankenhaus gesteuert werden.

Nach einer Betriebsdauer von ca. 21 Jahren ist eine Vielzahl von deren Einzelkomponenten bereits ausgefallen. Dadurch lässt sich die Anlage nur noch händisch steuern. Teilweise kommen falsche bzw. keine Fehlermeldungen zur Anzeige, sodass vom Betreiber eine reibungslose Steuerung sämtlicher haustechnischer Anlagen nicht mehr möglich ist.

Seitens der NÖ Landesklinikum Holding Stockerau wird ab 2016 mit dem schrittweisen Austausch der Gebäudeleittechnik auf das System FUTUS begonnen. Die gesamte Anlage (Krankenhaus und Pflegeheim) wird von Beginn an von Herrn Ing. Karl Mantler betreut.

Die NÖ Landesklinikum Holding Stockerau hat Herrn Ing. Karl Mantler mit der Umrüstung der Gebäudeleittechnik im Krankenhaus beauftragt.

Es besteht daher die Absicht, die gesamte Gebäudeleittechnik im Pflegeheim ebenfalls schrittweise auf das System FUTUS umzustellen, um wie gewohnt, die gesamte Leittechnik vom Krankenhaus aus zu steuern. Aufgrund der umfangreichen Umbauarbeiten soll die Anlage in 2 Bauabschnitten erneuert werden.

Abschnitt 1: Zentrale Kellergeschoss

Abschnitt 2: Zentrale Dachgeschoss

Die Umsetzung des Bauabschnittes 1 soll 2017 erfolgen. Die Abschnitte 2 soll 2018 umgesetzt werden.

Aufgrund der geschätzten Errichtungskosten von unter € 100.000,-- wurde entsprechend dem Bundesvergabegesetz das Verfahren der Direktvergabe gewählt. Nachdem die NÖ Landeskrankenhaus Holding Stockerau für den Anlagenbereich „Krankenhaus“ bereits ein Preisermittlungsverfahren durchgeführt hat, wurde für den Anlagenbereich „Pflegeheim“, basierend auf dem Angebot für das Krankenhaus, von Herrn Ing. Karl Mantler ein Angebot für die erforderlichen Leistungen im Zusammenhang mit dem Austausch der Gebäudeleittechnik gelegt:

Bauabschnitt 1:	Zentrale Kellergeschoss:	€ 28.826,50
Bauabschnitt 2:	Zentrale Dachgeschoss	€ 14.897,50
	<u>Servererweiterung:</u>	€ 4.800,00
	Gesamtsumme:	€ 48.524,00

Es wird empfohlen, die erforderlichen Leistungen für den Austausch der Gebäudeleittechnik im Pflegeheim Stockerau an die Firma Ing. Karl Mantler, Regel und Computertechnik, 2542 Kottingbrunn mit einer Gesamtauftragssumme für die Bauabschnitte 1 bis 2 von € 48.524,00 exkl. der gesetzlichen Umsatzsteuer zu vergeben.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

b.) Soziales, Generationen, Integration, Schulen und Forschung

1.) Festlegung Kostenbeitrag für Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Seitens des Landes Niederösterreich wurde das NÖ Kindergartengesetz 2006 geändert, wobei ein Teil des Gesetztes mit 01.09.2016 in Kraft getreten ist und ein Teil mit 01.01. 2017 in Kraft treten wird.

Im Wesentlichen wird ab 01.01.2017 der § 25 dieses Gesetztes abgeändert, der den Beitrag für die Nachmittagsbetreuung regelt. Dieser lautet im Absatz 2:

(2) Der Kindergartenerhalter hat für die Anwesenheit von Kindern **vor 07:00 Uhr und nach 13:00 Uhr** sowie für die Anschaffung von **Spiel- und Fördermaterial** und die **Verabreichung von Mahlzeiten** einen höchstens kostendeckenden Beitrag von den Eltern (Erziehungsberechtigten) einzuheben, wobei auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der für die Kinder Unterhaltspflichtigen Bedacht zu nehmen ist. Der Beitrag für die Anwesenheit in der Betreuungszeit hat monatlich mindestens € 50,-- zu betragen und ändert sich im Ausmaß des Index der Verbraucherpreise der Bundesanstalt Statistik Österreich, wobei Indexänderungen erst ab einer Erhöhung von mindestens 5% zu berücksichtigen sind. Im Falle einer Änderung ist der Beitragssatz auf volle Euro aufzurunden. Eine Unterschreitung dieses Beitrages ist in sozialen Härtefällen zulässig.

Das neue Gesetz legt daher nur mehr einen Mindestbetrag von € 50,-- fest. Die bisherige stundenweise Staffelung, wie in der „Verordnung über die Herabsetzung des Kostenbeitrages für die Nachmittagsbetreuung an öffentlichen Kindergärten“ geregelt und eingehoben wird, fällt somit ab 01.01.2017 weg.

Es soll daher die Abstufung, je nach Anwesenheit des Kindes im Kindergarten, im Wesentlichen beibehalten werden (nur der 20-Stunden-Beitrag mit € 30,-- fällt weg). Für die Einhebung der monatlichen Beiträge ist nun ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Es soll daher festgelegt werden:

Für die von der Stadt Stockerau betriebenen Kindergärten werden für die Anwesenheit von Kindern vor 07:00 Uhr und nach 13:00 Uhr folgende monatliche Beiträge festgelegt:

- bis 40 Stunden pro Monat € 50,--
- bis 60 Stunden pro Monat € 70,--
- mehr als 60 Stunden pro Monat € 80,--

Diese Beiträge sollen mit 1. Jänner 2017 in Kraft treten.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Besteht die Möglichkeit, dass man autonom noch einen billigeren Tarif wiedereinführt oder belässt? Die Erfahrungswerte sind so, dass dieser 30-Euro-Tarif von 10 Stunden pro Woche, also 40 im Monat, hier wird ausgegangen pro Monat diese Stundenanzahl, dass die 40 Stunden pro Monat € 30,-- ausmachen und kann man das bei Härtefällen überprüfen und zulassen, weil es geht da schon um mindestens € 200,-- Unterschied im Jahr.

Bürgermeister Laab: Das ist genau der Grund der Änderung, warum diese € 30,-- herausgenommen wurden, weil das neue Gesetz, die neue Vorgabe des Landes sieht vor, dass wir mindestens € 50,-- verlangen müssen, dadurch ist leider kein Spielraum von uns mehr möglich und aus dem Grund sind auch diese € 30,-- herausgefallen. Das ist ja im Wesentlichen die einzige Änderung an dem Ganzen und es ist die Beschlussfassung dadurch notwendig.

Stadtrat Kronberger: Die Kleinkindergruppe im Niembschhof gibt es seit einem Jahr. Wir haben im November oder Dezember des Vorjahres die Spielgeräte beschlossen, mit Ausnahme der Sandkiste gibt es dort derzeit nichts. Es wird immer wieder vertröstet und die letzte Meldung war, dass mit Schulbeginn das erfüllt ist, aber mit heutigem Tag gibt es die Spielgeräte noch immer nicht.

Bürgermeister Laab: Das gehört nicht zum Tagesordnungspunkt, deswegen gibt es hier auch von meiner Seite keine Information, weil ich jetzt keine Liefertermine im Kopf habe, wann das geliefert und aufgestellt wird. Das ist eine Sache, die sich natürlich klären lässt mit den zuständigen Herrschaften.

Stadtrat Kronberger: Eine zweite Frage, die jedenfalls nicht zu dem Punkt gehört. Ich bin im Zuge der Budgeterstellung für die Kindergärten und Kinderspielplätze auf das – ich kann nur annehmen, dass es ein Irrtum ist, da gibt es ja die Spielplatzergänzungsabgabe für Baufirmen, die nicht auf eigenem Grund Spielplätze errichten können. Da waren vom Jahr 2013 an € 73.000,-- drinnen – und jetzt sind für den Freiraum Schule – ich nehme an das kann nur ein Irrtum sein, € 46.000,-- entnommen worden, obwohl laut NÖ Spielplatzgesetz dieser Topf ausschließlich für öffentliche Spielplätze zu verwenden ist. Und ich habe heute die Zuständigen noch einmal gefragt, es ist kein öffentlicher Spielplatz. Es war sogar Grundlage der Förderrichtlinien, nur wenn das kein öffentlicher Spielplatz ist, gibt es die Förderung seitens des Landes. Ich nehme an, diese € 46.000,-- sind ein Irrtum, dass die von dort weggebucht wurden.

Bürgermeister Laab: Lieber Herr Stadtrat Kronberger, ich verstehe schon, dass man diese Frage, die wir bereits im Stadtrat ausführlich diskutiert haben, weil auch dort unter Allfälliges diese Frage behandelt wurde, noch einmal gerne in der öffentlichen Sitzung diskutiert. Aber dort ist die Antwort schon gekommen. Man hat von dort weggebucht und es wird zu klären sein, wie hier die weitere Vorgangsweise sein wird. Wir haben diese Gelder mit keinem Mascherl versehen gehabt, Spielplatz war Spielplatz. Wir haben auch ausreichend diskutiert, und ich habe dort gesagt und ich bin auch bereit, es hier öffentlich zu sagen, dass in Zukunft jegliche Förderansuchen, die vom Land kommen, wo man Zuwendungen in Form von Förderungen bis zu € 40.000,-- erhält, wie es hier war, nicht mehr in Angriff nehmen werden, weil sich zum zweiten Mal gezeigt hat, dass man dann gezwungen wird, wesentlich mehr für wesentlich weniger Ertrag ausgeben zu müssen, damit man hier dieses Ziel dann erreicht und wir haben beim Abenteuerspielplatz genauso wie bei dieser Freiraum-Klasse Gelder ausgegeben,

die bei Spielplätzen in keinsten Form erreicht wurden, wo man den gleichen oder einen besseren Effekt erzielt. Aber alles weitere, wie hier die Verbuchung richtiger- oder falscherweise erfolgt ist und wie man das wieder richtig stellt, wird mit dem Buchhaltungsdirektor besprochen und wird sich dann eben niederschlagen in den dementsprechenden Handlungen, die daraus zu setzen sind. Aber wie gesagt, beantwortet ist diese Frage geworden, nur natürlich nicht im öffentlichen Bereich.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Bürgermeister, es stimmt, dass hier die € 50,-- im neuen Kindergarten gesetz sozusagen als Untergrenze verankert sind. Gleichzeitig sieht das neue Kindergarten gesetz aber auch die Möglichkeit vor, in Härtefällen niedrigere Beträge einzuheben. Ich würde daher ersuchen im Sinne meiner Vorrednerin, Radha Petters, auch in unserer Verordnung, die in Stockerau gilt, diesen Passus wirklich explizit mitaufzunehmen, dass wir unter den angeführten Euro Kostensätzen explizit auch den Passus anführen, reduzierte Tarife sind in Härtefällen möglich.

Des weiteren würde ich vorschlagen, dass wir bei den angeführten Kostensätzen auch klarstellen, dass die Stunden sich auf Stunden pro Monat beziehen; wenn man in der Materie unterwegs ist, ist das völlig klar, dass es hier um Stunden pro Monat geht, aber als unbedarfter Antragsteller ist es eigentlich im ersten Moment nicht klar und es erfordert Rückfragen um herauszufinden, geht es da um 40 Stunden pro Woche, pro Monat usw. Es wäre noch ein weiterer Wunsch um Klarstellung der Tarifordnung.

Bürgermeister Laab: Die Tarifordnung ist so, wie sie vorgelegen ist und da war der Wunsch und die Unklarheit nicht so groß. Die Härtefälle würde ich ein bisschen differenziert sehen, weil die Definition „Was ist ein Härtefall“ wird zu treffen sein und wir haben uns in der Vergangenheit und werden uns auch in der Zukunft bemühen, wenn wir Härtefälle sehen, und wir haben das in vielfacher Art und Weise bewiesen, sei es Heizkostenzuschuss und ähnliches, dass wir auch hier dem Rechnung tragen, und das kann man und sollte man natürlich auch, wenn man so etwas aufnehmen möchte, im dementsprechenden Ausschuss dann auch diskutieren. Dort ist ja auch diese heutige Vorlage diskutiert worden. Offensichtlich aber nicht mit den Wünschen, die jetzt gekommen sind, aber wenn es im Nachhinein dort und da noch etwas zu ändern gibt, haben wir im Dezember noch die Möglichkeit, aber wir brauchen eben diesen Beschluss, dass hier die Kindergärten wissen, wie man hier vorgeht.

Gemeinderat Pfeiler: Den Beschluss ergänzen. Ich glaube, es fällt niemand ein Stein aus der Krone, wenn man hinschreibt 40 Stunden pro Monat. Wir fordern unsere Kinder auf, im Physikunterricht die Einheit immer dazu zu schreiben und ich denke, es ist nicht zu viel verlangt, wenn man hier auch in dieser Gebührenordnung die genaue Einheit dazu schreibt.

Bürgermeister Laab: Ich habe geglaubt es ist nur um die Härtefälle gegangen. Die wurden ja auch diskutiert. Bitte Frau Stadträtin Völkl.

Stadträtin Völkl: Ich möchte mich hier zu Wort melden, weil dieser Tagesordnungspunkt, nämlich im Gemeinderat sehr ausführlich diskutiert wird und Sie Bezug darauf genommen haben, dass das in einem Ausschuss diskutiert wird. Es war sehr zeitnahe im Sozialausschuss vor dem Gemeinderat und dieser Tagesordnungspunkt ist leider überhaupt nicht diskutiert worden, weder vorbereitend oder sonst irgendwie, sondern wir haben das erst im Stadtrat erfahren. Jetzt sind natürlich sehr viele Fragen zu beantworten, auch die Härtefälle, und da wäre ein Ausschuss, wenn es dort diskutiert wird, zielführend.

Gemeinderat Falb: Es ist schon recht, wenn man dann im Detail kulant ist im Einzelfall. Nur jede Kulanzlösung für Härtefälle braucht trotzdem auch eine Rechtsgrundlage, einen Beschluss, Verordnung der Gemeinde, was auch immer. Ich würde auch im Interesse der Beamten, die das vollziehen müssen, dazu raten, dass man sich genau darüber Gedanken macht, in welcher Form man das formuliert. Ich glaube, das ist gescheit und würde auch den Gesetzen entsprechen, wenn man das so machen würde, wie Gemeinderat Pfeiler das vorgeschlagen hat.

Gemeinderat Dummer: Ich bin auch der Meinung, man kann diesen Passus hier ohne weiteres reinnehmen und die Härtefälle dann in der Folge im Ausschuss definiert und dann im nächsten Gemeinderat beschließen, wie diese Härtefälle zu sehen sind. Aber diesen Passus einfach hineinzunehmen, dass es für Härtefälle Ausnahmen gibt, sichert einerseits die Durchführung ab und andererseits tut es jetzt nicht weh. Das ist ein Satz, den kann man hineinschreiben, pro Monat kann man auch hineinschreiben und dann ist das heute so zu beschließen. Im nächsten Sozialausschuss definiert man die Härtefälle und die können wir im Dezember noch einmal absegnen. Aber damit würde dem heute nichts mehr im Weg stehen.

Gemeinderätin Gübler nimmt an der Sitzung teil (19:07 Uhr).

Bürgermeister Laab: Ich bin vollkommen bei Ihnen. Ich sehe nur den Unterschied, weil hier zuvor der Vorschlag war, die Härtefälle definieren und dann erst in der nächsten Gemeinderatssitzung beschließen. Jetzt steht gleich ein Satz drinnen, der Aussagekraft hat. Da bin ich bei Mag. Falb, dass man genaue Grundlagen braucht, um diese Härtefälle auch wirklich umsetzen zu können. Man kann beides hineinschreiben, ist aber niemanden geholfen, weil die Definition noch fehlt. Wenn das der Beschlussfassung dienlich ist, werden wir das um diese Ergänzungen natürlich erweitern und den Beschluss dahingehend abändern. Aber es gehört zuerst definiert.

Wenn jetzt der Gemeinderat der Meinung ist, dass mit diesen beiden Abänderungen der Punkt der Tagesordnung beschlossen werden kann, dann geben Sie mir bitte ein Zeichen der Zustimmung.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

V. Antrag gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973

1.) Umgang der FPÖ mit Gemeindebediensteten der Stadtgemeinde Stockerau

Bürgermeister Laab: Ich ersuche einen Vertreter der ÖVP, uns diesen Antrag zur Kenntnis zu bringen.

Stadtrat Moser: Der Antrag lautet: Umgang der FPÖ mit Gemeindebediensteten der Stadtgemeinde Stockerau.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil es in den letzten zwei-/dreieinhalb Wochen Vorkommnisse gegeben hat, die in Stockerau wahrscheinlich noch nie passiert sind. Vorkommnisse, über die man nicht einfach so hinweg gehen kann. Vorkommnisse, die zu einer massiven Verunsicherung der Mitarbeiter der Stadtgemeinde Stockerau geführt haben. Vorkommnisse, die zu einer großen Verwunderung, der breiten Öffentlichkeit, die sich gar nicht ausgekannt hat, geführt haben. Vor allem werden von der Fraktion der FPÖ Spitzelmethode praktiziert, die eher an die schlimmsten Zeiten unserer Geschichte erinnern. Wir wollten daher mit diesem Antrag insbesondere der FPÖ aber auch allen beteiligten Personen die Möglichkeit geben, hier Klarstellungen vorzunehmen und eventuell sogar eine Entschuldigung anzubringen, jedenfalls die Möglichkeit zu geben, zu einer Beruhigung der Situation beizutragen. Konkret würden wir uns wünschen, dass sich die FPÖ von diesen Methoden distanziert. Konkret würden wir uns wünschen, dass sich die Stadtgemeinde, der gesamte Gemeinderat und die Stadtverwaltung hinter die Mitarbeiter stellen, und wenn es gestattet wird, dass wir auch der Personalvertretung die Möglichkeit geben, hier zu sagen wie die aktuelle Lage ist.

Was ist genau passiert: Ende September am 29.09. war eine routinemäßige Ausschuss-Sitzung des Ausschusses Park- und Gartenanlagen. Bei dieser Ausschusssitzung wurde dann von einem Vertreter, von einem Mitglied der FPÖ-Gemeinderatsfraktion ein detaillierter Bericht verlesen, vorgelegt, ein Bericht, der eher an ein Detektivbüro oder an einen Geheimdienst erinnert. In dem Bericht wird von Beobachtungen beschrieben, mehrere Personen, Mitarbeiter der Stadtgemeinde Stockerau wurden hier aufgelistet, Minuten genau Pausen, Minuten genau wann Getränke, wann eine Jause gekauft wurde, alles wurde hier präzise aufgezeichnet, 7:40, 8:45, 14:50, 16:08 Uhr usw. Entsprechend verbal ergänzt, dass jemand zum Merkur hineingewandert ist, dass hier genussvoll etwas verzehrt wurde, dass man hier tratschend auf einen Rechen gelehnt ist und auch von Alkoholkonsum eines Mitarbeiters war die Rede, mit Fotos oder Computerausdruck dokumentiert. Dieser Bericht blieb natürlich nicht verborgen, die Mitarbeiter haben sehr rasch Kenntnis davon bekommen, das Ganze hat sich aufgeschaukelt. Höchste Verunsicherung offenbar bei den mehr als 300 Mitarbeitern, sodass sich der Personalvertreter, der Vorsitzende der Personalvertretung hier veranlasst gesehen hat, eine Information in allen Dienststellen der Stadtgemeinde aufzulegen. Eine sehr in dramatischen Wor-

ten formulierte Information, die diese Betroffenheit sehr deutlich zum Ausdruck bringt, diese Verunsicherung ganz klar dokumentiert. Was dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat, war, dass schlussendlich sogar die FPÖ dieses Protokoll an die Medien geschickt hat. Soweit einmal die Fakten. Für uns jedenfalls eine unglaubliche Vorgangsweise, obwohl uns bewusst ist, jede Organisation kann verbessert werden. Jede Firma, jede Behörde überall kann man Dinge optimieren, kann man Dinge verbessern und auch wenn sich jemand privat, sei es Gemeinderat oder auch nicht, seine Beobachtungen aufschreibt, ist auch noch nichts dabei. Aber diese Systematik, diese Professionalität, möchte ich schon fast sagen, der Erhebungsmethoden auf der einen Seite, und dass hier nicht der Weg gewählt wurde, dies dem Dienstvorgesetzten oder dem Herrn Bürgermeister oder der Stadtamtsdirektorin zu geben, sondern dass dies an die Öffentlichkeit gebracht wurde, dass hier die Mitarbeiter derartig verunsichert wurden, das ist schon etwas, was sehr überrascht. Es kommt gerade zu einem „An den Pranger-Stellen“ gleich, dass man hier mit Fotos und Bezeichnungen sogar auf individuelle Personen schließen kann, ist sicher etwas, was eine neue Dimension in der Stadtpolitik darstellt.

Daher glauben wir, dass Klarstellungen hier notwendig sind, wahrscheinlich oder sicher sogar Distanzierungen und Entschuldigungen. Ich möchte hier noch einmal wiederholen, dass wir als Stadtgemeinde, eher als Gemeinderat, jedenfalls an die unmittelbaren Vorgesetzten, namentlich an Sie Herr Bürgermeister, hier ein klares Zeichen setzen müssen, dass wir hinter den Mitarbeitern der Stadtgemeinde Stockerau stehen.

Von der FPÖ wird eine zusätzliche Information zu dieser Sache ausgeteilt.

Gemeinderat Pfeiler: Neide und Verunsicherung zwischen Menschen zu schüren, einmal zwischen unseren Mitarbeitern der Stadt Stockerau und den Bürgern, ein anders Mal sind es Neide und Verunsicherung zu schüren, zwischen Asylwerbenden gegen die ansässige Bevölkerung. Das Trennende suchen, anstelle an Verbindenden zu arbeiten und darüber hinaus auch keine Lösungen anzubieten. Wir sehen das Thema Zusammenhalt als eine der großen Zukunftsthemen, wir als GRÜNE, und das Muster, mit dem die FPÖ hier arbeitet, können sie fast tagtäglich in der Bundespolitik sehen, sie können es in der Landespolitik sehen und sie können es auch hier in der Gemeindepolitik sehen. Neide und Verunsicherung schüren, ohne Lösungen anzubieten. Wir lehnen daher dieses Vorgangsweise, dieses grundsätzliche Muster ab und natürlich auch die Anwendung dieses Grundmusters - das Schüren von Verunsicherung und Neid – auch natürlich die Anwendung dieses Musters gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde und der ansässigen Bevölkerung. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass man einfach dieses Grundmuster, das auf allen Ebenen der Politik von der FPÖ ausgeführt wird, dass man dies hier auch einmal schön scheibchenweise sieht und hier auch in der Gemeinde offensichtlich macht. Ich kann nur eindringlich ersuchen, diese Muster selber zu identifizieren, nachzuvollziehen und kritisch zu reflektieren.

Stadtrat Kube: Wie geht die FPÖ mit Gemeindemitarbeitern um – Ihre Anfrage? Zuerst möchte ich mich bei der ÖVP für diese Antragstellung sehr herzlich bedanken. Da sie uns die Möglichkeit gibt, diese vom Personalvertreter falsch und sehr deformiert dargestellte Angelegenheit nicht nur dem Gemeinderat sondern auch den anwesenden Zuhörern und Medienvertretern als Fakten und Tatsachen der Ereignisse darzustellen.

Zur Beantwortung des Antrages - Wie geht die FPÖ mit Gemeindemitarbeitern um? Es bedarf es nur einiger weniger Worte. Korrekt, höflich, respektvoll und nicht wie in den Medien dargestellt. Es wurden Gemeindebedienstete weder gemäßregelt noch mit ihnen Kontakt aufgenommen. Das war nach Einbringen der Sachverhaltsdarstellungen Sache des Vorgesetzten.

Während der nicht öffentlichen Sitzung des Gartenausschusses wurde den Mitgliedern dieses Ausschusses und der anwesenden Fr. Dr. Riedler, dem Leiter des Bauhofes Hrn. Ing. Els und seinem Stellvertreter Hrn. Eder, das Vorbringen einer Sachverhaltsdarstellung bekanntgegeben. Der Zweck war, Auskünfte über Quadratmetervorgaben, Pauschalzeiten usw. zu erhalten. Es wurde sachlich über die Punkte diskutiert und die entsprechenden Auskünfte vom Bauhofleiter bzw. seinem Stellvertreter erteilt. Damit war diese Angelegenheit für Fr. Wiesner erledigt und es wäre von unserer Seite nie an die Öffentlichkeit gelangt. An die Öffentlichkeit und Zeitung gelangte diese Angelegenheit erst durch ein Rundschreiben des Personalvertreters, welches aus Unwahrheiten, hetzerischen Formulierungen und falschen Aussagen besteht. Dieser hat durch seine scheinbar positive, politisch motivierte Aktion seine eigenen Leute an den Pranger gestellt. Eigentlich unverantwortlich für einen Personalvertreter. Statt auf das eigentliche Problem, nämlich dass ein Mitarbeiter, der seine von Stockerauer Bürgern bezahlte Dienstzeit nicht einhält, einzugehen, war es ihm wichtiger, politisch anders denkende Menschen öffentlich als NS-Spitzel zu bezeichnen und als zusätzliche Lächerlichkeit für jeden, der die Tatsachen kennt, noch den Satz „Rechtliche Schritte vorbehalten“ anzufügen. Welches Gesetz oder welche Rechtsordnung wäre denn mit dem Aufzählen von Missständen gebrochen worden? Vielmehr ist er es, der sich der üblen Nachrede verdächtig macht. Da Gemeindemitarbeiter von öffentlichen Geldern bezahlt werden, hat auch jeder Stockerauer das Recht, Missstände, die ihm bekannt sind, zu melden. Frau GR Wiesner zahlt ihre Abgaben in Stockerau. Als Gemeinderätin hat sie sogar die Pflicht, Missstände, die ihr bekannt werden, an die zuständige Stelle weiterzugeben. Zu dem Vorwurf, der Ausschuss ist nicht die richtige Stelle, sondern Fr. Dr. Riedler, kann ich nur wiederholen, dass Fr. Dr. Riedler bei dieser nicht öffentlichen Ausschuss-Sitzung anwesend war. Derartige Anfragen müssen aber im Dienstweg eingebracht werden und die nächst höheren Vorgesetzten sind in diesem Fall Herr Ing. Els und Hr. Eder. All diese genannten Personen waren anwesend. Fr. GR Wiesner hat sich aus unserer Sicht vollkommen korrekt verhalten. Aufzeichnungen, was, wann und wo, mussten für eine spätere wahrheitsgemäße Wiedergabe geführt werden. Zu der Frage, warum diese Angelegenheit nicht im Personalausschuss behandelt wurde, gibt es eine ganz einfache Erklärung. Es handelt sich um keine Angelegenheit für den Personalausschuss. Dem Vorgesetzten wurde die sachlich korrekte Aufzeichnung zur Kenntnis gebracht, die Frage wurde von ihm und seinem Stellvertreter vorbildlich beantwortet und gegebenenfalls diskutiert. Damit war die Sache für uns erledigt. Der Vorwurf, einem Stadtrat der ÖVP durch die Anfrage ein Thema umzuhängen und eskalieren zu lassen, war nie unsere Absicht und lässt sich aus dem Ablauf der Sitzung klar erkennen. Erstens ist es nicht unsere Art, jemanden etwas umzuhängen und gerade bei StR Kronberger handelt es sich um einen sehr kooperativen, zugänglichen und vor allem menschlich von uns sehr geschätzten Kollegen. Uns wundert die Aussage von Hrn. Dr. Fischer, dass es sich bei ihm um einen besonders besonnenen Gemeinderat handelt, der nicht einfach irgendwelche Behauptungen in den Raum stellt. Hier diese Aussage zu treffen, ohne tatsächliche Abläufe und Hintergründe zu kennen, entspricht so gar nicht unseren bisherigen Eindrücken. Hätte der Personalvertreter unsere Anfrage nicht durch unbedachte, falsche und politisch motivierte Aussagen in seinem Rundschreiben an die Öffentlichkeit gebracht, wäre den Mitarbeitern der Gemeinde im gesamten gesehen, die einen großartigen Dienst für die Bewohner von Stockerau leisten, eine derartige Schmutzkübelkampagne erspart geblieben. Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass die Fraktion der FPÖ Stockerau keine Überwachungen oder Bespitzelungen durchgeführt hat oder durchführen wird. Personalangelegenheiten würden wir nie an die Öffentlichkeit tragen. Ich persönlich möchte noch mein Bedauern über das Verhalten des Personalvertreters ausdrücken, den ich in wochenlanger, sehr konstruktiver Zusammenarbeit kennen gelernt habe. Es ist schade, ein meiner An-

sicht nach gutes Gesprächsklima mit solch einer politisch motivierten Aktion zu beenden. Nun möchte ich an meine Kollegin GR Karin Wiesner weitergeben, die ihre Stellungnahme dazu abgibt.

Gemeinderätin Wiesner: Ich habe eine Sachverhaltsdarstellung zu verschiedenen Punkten beim Gartenausschuss vorgebracht. Es handelt sich dabei um eine sachliche Auflistung meiner Beobachtungen und damit verbundenen Tragik. Ich wollte Informationen über die Quadratmetervorgaben, Pausenzeiten etc. erhalten. Niemand hat darauf hingewiesen, dass dieses Vorbringen im Personalausschuss zu erfolgen hätte. Im Gegenteil, es wurde sachlich über diese Punkte diskutiert und wir bekamen die entsprechenden Auskünfte.

Zu den Vorwürfen der Bspitzelung, die nie stattgefunden haben. Im Urlaub fahren wir gerne zum Frühstück oder zum Nachmittagskaffee zum Merkur. Der Weg dorthin führt uns über die Wienerstraße. Ich bin den Mitarbeitern also nicht gezielt gefolgt. Wir waren auch nicht täglich und immer auch zu unterschiedlichen Zeiten dort. Der Vorwurf, ich hätte den Tagesablauf der Mitarbeiter protokolliert, ist daher absolut haltlos. Es fielen uns aber gewisse Regelmäßigkeiten im Verhalten der Mitarbeiter auf. Die Notizen sollten als Gedächtnisstütze für das Vorbringen im Gartenausschuss dienen. Ergänzend ist zu erwähnen, dass uns auch von anderen Bürgern gleichgelagerte Beobachtungen mitgeteilt wurden. Die Gemeindemitarbeiterin auf der Wienerstraße machte sich nie Mühe, ihr Verhalten, tratschen, herumstehen, Jause holen etc. auch nur irgendwie zu verstehen. Es war daher für jedermann offensichtlich. Dass meine Beobachtungen von der entsprechenden Mitarbeiterin bestritten werden, nehme ich zur Kenntnis. Es gibt schließlich keine Beweisfotos. Es war mir aber wichtig, mit Beispielen im Ausschuss aufzuzeigen, dass eine Kontrolle notwendig wäre und sicher eine Effizienzsteigerung bringen würde. Natürlich haben wir nach den ersten Beobachtungen in der Folge bewusster hingesehen. So fragten wir uns auch, wo sind die Gärtner, wenn die 30er-Tafeln und stehen und keine Arbeiter mehr zu sehen sind. Wenn man dann eine Mitarbeiterin in Arbeitskleidung kurz nach 16:00 Uhr an der A1-Tankstelle vorbeigehen sieht, fällt das auf. Wir saßen dort mit Freunden nach der Hunderunde. Der Vorwurf, eine Mitarbeiterin bis nach Hause verfolgt zu haben, entbehrt daher jeglicher Grundlage. Unsere Wohnorte liegen nur zufällig in derselben Gegend. Dass Gärtner am Spielplatz in der Felkelstraße stundenlang unproduktiv herumsaßen, wurde uns zugetragen. Das Bild des Gemeindemitarbeiters beim Vormittagsbier wurde uns auch zugespielt. Dass der Mitarbeiter im Urlaub war, ist aufgrund der Gemeindearbeitskleidung nicht ersichtlich. Er hat keinen Schild um „Bin im Urlaub“. Das wurde beim Ausschuss geklärt. Trotzdem ist solches Verhalten unerwünscht, weil rufschädigend für alle Gemeindeangestellte. Ich habe meine Sachverhaltsdarstellung im Ausschuss vorgebracht, damit alle anwesenden Parteien informiert sind. Stichwort – Transparenz. Dass so ein Ausschuss nicht öffentlich ist, macht ja Sinn, damit könnten Dinge zuerst einmal intern abgeklärt werden. Erst die Einschaltung der Medien, welche nicht durch uns erfolgte, hat für entsprechendes Aufsehen gesorgt. So eskalierte die Sache und alle Beteiligten haben denkbar schlechte Publicity.

Gemeinderat Mayer: Da ich fünf Jahre in diesem Gartenausschuss beim StR Kronberger gewesen bin, möchte ich sagen, dieses Thema war schon immer ein Thema. Es ist nicht jetzt erst ein Thema. Ich habe meine Aufzeichnungen durchgesehen. Ich glaube, ich kann neun oder zehn Mal in den fünf Jahren aufzeigen, dass wir über dieses Thema geredet haben, ob das jetzt die Absperrung gewesen ist, ob es eine falsche gewesen ist oder wo sie gearbeitet haben, wo überhaupt keine Absperrung war, wo abgesperrt gewesen ist, wo keine Arbeiter gewesen sind, wo die Arbeiten nicht so erfolgten, wie es sein hätte sollen. StR Kronberger kann sicher

bestätigen, dass dies immer schon ein Thema gewesen ist. Jetzt ist es passiert oder geglückt, dass wir eine Aufzeichnung haben, weil sonst das immer verbal in den Ausschüssen behandelt wird. Es wird darauf geschaut, dass es besser wird, aber es hat sich nichts geändert. Oder es hat sich etwas geändert, aber jetzt ist es wieder schlechter geworden. Also ist diese Aufzeichnung einmal ein Akt, dass man sieht, dass es nicht nur Gedankengänge von uns sind, sondern dass es den Tatsachen entspricht. Diese Themen von der Grünanlagenbetreuung kamen bei fast jeder Ausschusssitzung zur Sprache. Eines muss uns auch gewiss sein, alle wie wir da sitzen, wir sind das oberste Organ der Gemeinde. Wenn wir nicht zu den Vorgesetzten der Bediensteten gehen dürfen oder können und sagen, da ist ein Missstand, dann sitzen wir hier, glaube ich, falsch.

Gemeinderat Dummer: Dann sitzen wir wirklich da falsch, weil es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates, die Mitarbeiter zu führen. Dafür haben wir eine Struktur, die gehört verbessert. Das diskutieren wir auch schon lange. Das Organigramm gehört vielleicht einmal umgesetzt oder diese Dinge. Aber es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates, weil da kommen wir in ein Riesendurcheinander, wenn jeder Gemeinderat jetzt die Mitarbeiter anleitet oder anordnet, was diese zu tun haben.

Gemeinderat Mayer: Davon war nicht die Rede.

Gemeinderat Dummer: Wenn es Missstände gibt, dann kann man dies sicher ganz sachlich an die entsprechenden Stellen weiterleiten und dies so behandeln. Ich lese diesen Text und muss sagen, von sachlich ist das sehr weit weg. Da sind schon sehr viele Unterstellungen und zynische Fragen in dem Text drinnen, wo ich sage, das ist nicht angebracht. Es ist nicht ein Stil, den ich in Ordnung finde. Für das kann man sich bestenfalls entschuldigen, aber das nicht rechtfertigen. Das ist aus meiner Sicht so eine Frechheit und zuständig ist für Personalangelegenheiten natürlich der Personalausschuss. Dies sollten Sie schon wissen, nachdem Sie den Personalausschuss leiten Herr Kube und wenn Sie Ihrer Kollegin nicht sagen, bitte behandeln wir das in unserem Ausschuss, dann verstehe ich das nicht, weil das ist in dem Fall ganz klar. Aber die Vorgangsweise über den Ausschuss anstelle über die internen Kanäle, die es ja gibt, zu spielen, ist nicht in Ordnung. Das Protokoll aus meiner Sicht ist ein Witz, ein schlechter Witz.

Stadträtin Völkl: Ich finde es sehr betrüblich, dass wir diese Diskussionen eigentlich führen müssen. Hr. StR Kube, Sie haben vorher über Wertschätzungen gesprochen und da muss ich den GR Dummer unterstützen, also es ist eher abfällig, abschätzig und auch mangelnde Wertschätzung in diesem Ganzen zu bemerken, was man hier heraushört. Was ich auch finde, wir haben, das hat auch der Herr GR Fischer schon gesagt, keine Dienstaufsicht als Gemeinderatsmandatar. Menschen, die bei einer Gemeinde beschäftigt sind, haben ein Dienstverhältnis oder Beschäftigungsverhältnis mit einem Unternehmen, mit einer Organisation, mit der Gemeinde. Der Vorgesetzte, der Dienstgeber hat auch hier den Schutz seiner Dienstnehmer zu gewährleisten, vor Vorwürfen und Übergriffen auch vor Verfolgung. Dies ist reine Willkür. Wie man gehört hat, Frau Wiesner, haben Sie das eh schon länger verfolgt und es wurde nun zum Anlass genommen, schriftlich darauf hinzuweisen. Sie hätten schon vorher zu einem Vorgesetzten gehen können, und dass man sagt, wie ist das. Man kann daraus nicht schließen, ob da jetzt wirklich eine Verfehlung vorliegt. Es steht uns nicht zu als Außenstehender, das zu beurteilen. Das ist Willkür und so einem Verhalten muss man einen Riegel vorschieben. Das geht nicht.

Gemeinderat Mayer: Sie müssen schon wissen, was Sie sagen. Sie sagen, Maßregelung. Wir haben niemanden maßgeregelt. Wir haben das weitergemeldet. Man muss eben Aufzeichnungen oder Beobachtungen weitergeben. Das kann jeder von der Bevölkerung, jeder von Stockerau machen. Wie ich schon vorher erwähnt habe, diese Themen sind schon fünf Jahre oder noch länger immer wieder im Gespräch gewesen. Und da ist auch von Ihrer Fraktion jemand dabei gewesen und auch die haben das gehört und StR Kronberger ist auch der Vorsitzende gewesen. Das können Sie mir nicht sagen, das ist jetzt erst gekommen, das ist schon fünf Jahre oder noch länger immer wieder ein Tagesordnungspunkt gewesen.

Gemeinderat Pfeiler: Wir sollten das Thema wieder auf die Ebene zurückführen, auf die wir nach meiner Einschätzung nach als Gemeinderat zuständig sind. Da bin ich bei dem Thema Führung, Führungsstruktur, Organigramm. Wir haben vor vielen Jahren in einer Studie des KDZ aufgezeigt bekommen, dass wir im Bereich des Bauhofes eine viel zu große Führungsspanne haben. Herr Els und Herr Eder, ich habe es jetzt nicht im Kopf, 60 bis 80 Mitarbeiter haben sie zu führen (Wortmeldung von Ing. Els: 83). 83 Mitarbeiter mit zwei Führungskräften zu führen und hier eine effiziente Abarbeitung der Arbeitsaufträge sicherzustellen, ist de facto nicht möglich. Ich glaube, das ist die Ebene, auf der wir hier im Gemeinderat weiter diskutieren sollten, wie wir im Bereich des Bauhofes, wie und mit welchen Strukturen im Bereich des Bauhofes eine effiziente Abarbeitung der Aufträge und der Arbeiten sicherstellen können. Da gehört natürlich auch eine Kontrolle der Abarbeitung dieser Aufträge dazu, aber die Erfüllung der Arbeitsaufträge und die Überprüfung dieser Abarbeitung der Aufträge obliegt ganz einfach den Führungskräften im Bereich des Bauhofes. Daher kann ich nur appellieren, wieder die Studie des KDZ auszugraben und nachzulesen, welche Vorschläge hier für den Bereich des Bauhofes vor bereits vielen, vielen Jahren, war vor meiner Zeit als Gemeinderat, ausgearbeitet wurden, um an dieser Umsetzung zu arbeiten. Ich glaube, dann könnten wir uns derartige Diskussionen ersparen. Ich glaube, es ist ein Zeichen der Wertschätzung den Mitarbeitern gegenüber, wenn wir als Gemeinde sinnvolle Führungsstrukturen für die Mitarbeiter anbieten. Eine gute Führung ist grundsätzlich eine Serviceleistung an den Mitarbeiter.

Gemeinderat Falb: Punkt 1: Ich glaube, dass es für die Verfolgung individueller Dienstverletzungen, wenn solche wahrgenommen werden, einen Dienstweg gibt. Der ist vorgesehen. Gemeinderäte haben keine Kontrollfunktion Gemeindebediensteten gegenüber. Ich glaube, das ist ganz klar. Da gibt es einen Dienstweg, der ist einzuhalten. Der wurde nicht eingehalten. Ein Ausschuss ist überhaupt nicht zuständig. Wofür ein Ausschuss aber zuständig ist, und zwar nicht der Gartenausschuss sondern der Personalausschuss ist die Organisation, die bei der Gemeinde endlich einmal angegangen wird. Seit zwei Jahren, soll ich Ihnen sagen, was war, Null. Wir haben vor zwei Jahren extra einen Personalausschuss gegründet. Gute Idee, begrüßen wir. Wir haben dafür einen Bürgermeister-Stellvertreter. Das ist nicht irgendwer, kein kleiner Gemeinderat. Ein Bürgermeister-Stellvertreter ist dafür zuständig. Was ist bei der Organisation geschehen – Führungsspanne ist nur ein Stichwort. Das ist ja alles seit langem umzusetzen. Was passiert dort in dem Ausschuss – Null – gar nicht. Jetzt wollte ich noch viele andere Dinge weitersagen, aber das erspare ich mir jetzt. Warum – weil bei diesen Wortmeldungen, und ich bin kein Linker, ich bin nicht als Linker bekannt, aber was ich da höre - jeder Stockerauer kann sich selber Aufzeichnungen machen über Gemeindebedienstete. Ich weiß nicht, wer den Film gesehen hat, "das Leben der Anderen", ob sich jemand ernsthaft damit auseinandergesetzt hat, wie man in einer Gesellschaft ein totalitäres System umsetzt, indem man sich solcher Funktionäre bedient oder sagt, alle Stockerauer "schreibt das auf, was

eure Nachbarn tun" – wenn rausgeht, wenn er wieder heimkommt, was er in der Zwischenzeit tut. Das ist höchstbedenklich und wir lehnen das zutiefst ab. Wenn es Missstände gibt, gibt es bei uns einen Rechtsstaat. Und dieser Rechtsstaat heißt, Dienstvorgesetzte sind zu informieren, und so ist das umzusetzen. Wir brauchen keinen Schnüffelstaat, wo ein Gemeindebediensteter oder ich oder der Bürgermeister oder wer immer nicht sicher sein kann, dass hinten dem nächsten Lichtmast einer steht, ein Stockerauer oder kein Stockerauer, FPÖ oder von wo immer, und aufschreibt, was der tut, wie lange er in der Mittagspause und. Ich will das nicht. Ich will in so einem Staat nicht leben. Mein Großvater und meine Großmutter haben mir gelernt, das hatten wir, das wollen wir nicht mehr.

Punkt 2: Gemeinderat Mayer – das ist geglückt. Es ist geglückt, jetzt haben wir endlich jemanden erwischt. Das ist das, auf was es hinkommt. Den haben wir erwischt. Wir haben einen, und ich sage das nicht despektierlich, wir haben einen kleinen oder mehrere kleine Mitarbeiter der Stadtgemeinde Stockerau erwischt. Wir nehmen zur Kenntnis, es ist geglückt, die FPÖ freut sich darüber. Man macht das dann auch zum Gegenstand in einer Gemeinderatsausschusssitzung. Jeder Zuhörer kann sich die Meinung selber bilden, ob der Gartenausschuss der richtige Ausschuss überhaupt ist. Aber dort macht man das zum Thema. Viele Dinge, wie zuvor Kindergartentarif, die werden nicht in einem Ausschuss besprochen. Wir werden hier mit Dingen konfrontiert. Wir gehen in die Gemeinderatssitzung – zwei, drei Sachen, von denen wir gerne hätten, dass sie in einem Ausschuss besprochen würden. Passiert nicht, stattdessen gehen wir mit solchen Sachen in einen Ausschuss hinein.

Eines noch - Personalausschuss – habe ich meine Meinung gesagt. Aber mich hätte es schon interessiert, Frau Wiesner, weil Sie sich, wir haben das nicht getan, geoutet haben als diejenige, die diese Aufzeichnungen auch gemacht hat, haben Sie das alleine von sich aus gemacht oder hat Ihnen jemand gesagt, machen sie das, oder hat jemand davon gewusst, dass das passiert, oder ist das so eigenmächtig. Ich will Ihnen nämlich etwas sagen, ganz ehrlich. Ihre Vorgängerin in der FPÖ-Fraktion ist auch gestolpert. Ich glaube, in Wahrheit eigentlich, wenn das ohne Rückendeckung war, ohne Wissen, ohne Auftrag von jemandem, nach meiner Meinung sind Sie rücktrittsreif.

Bürgermeister Laab: Auch die SPÖ hat dieses Thema besprochen und ich möchte hier eindeutig für die SPÖ-Fraktion zum einen sagen, dass wir natürlich seit vielen Jahren und Jahrzehnten und auch heute und auch in Zukunft hinter dem Personal der Stadtgemeinde stehen und hier keine großartigen Schwüre und Richtbekenntnisse in den Medien brauchen. Wir haben das bewiesen durch unser Handeln, durch unser Tun, wie wir hier Mitarbeiter beschäftigt haben, wie wir Leuten Möglichkeiten gegeben haben, einen Arbeitsplatz zu finden und dementsprechend auch die Rücksichtnahme haben, dass hier nicht jeder mit jedem vergleichbar ist. Ich als Bürgermeister habe natürlich in meinen zehn Jahren hier immer die Wertschätzung an das Personal klar ausgedrückt. Wir haben ja eine Zeit hinter uns, weil kein Jahr in diesen zehn Jahren vergeht, wo in allen Fraktionen das Thema "Personal" war, weil es zu viel Personal gibt, weil wir hier Einsparungen treffen sollten. Das hat ja schon begonnen vor meiner Zeit, dass man mit Konsolidierungsmaßnahmen auch immer wieder die Personalkosten reduziert hat und damit natürlich auch den Personalstand. Jedes Jahr, wenn der Dienstpostenplan zur Beschlussfassung war, wurde auch kritisiert, dass wieder eine Steigerung war, dass die Personalanzahl steigt, dass nicht im ausreichenden Maß reduziert werden konnte. Ich sehe es durchaus auch so, dass man hier als Gemeinderat, das ist mehrfach erwähnt worden, eben nicht diese Kontrollfunktion hat. Also, ein politisch Verantwortlicher hat eben nicht die Aufgabe, in das Betriebsgeschehen einzugreifen, dass aber natürlich Wahrnehmungen immer wieder in ähnlicher Form an uns herangetragen wurden, mit Aufzeichnungen, wann sich wer

wohin bewegt hat, wie lange er wo unterwegs war. Das ist leider Gottes nicht das erste Mal. Das weiß die Personalvertretung genauso, dass wir in den letzten Jahren immer wieder mit derartigen Dingen konfrontiert wurden, die wir dann auch intern, so wie schon angesprochen, über die Position der Stadtamtsdirektion zu behandeln haben, damit es in den jeweiligen Strukturen auch angepasst wird und zu Erklärungen, Aussprachen, dementsprechende Lösungen kommt. Diese damaligen Anschuldigungen und die jetzigen sind meiner Ansicht nach verfehlt, wie damit umgegangen wird, nämlich dass man in die Öffentlichkeit, in die Presse geht und das jetzt auch in der Öffentlichkeit weiter diskutiert. Ich sage Ihnen eines, man sieht es an der Anwesenheit der Zuhörer, wie interessiert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, nur ich zweifle an, dass man damit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hilft, für die Zukunft dieses Problem zu lösen. Es ist für mich auch schon bedenklich, dass man hergeht, und nur weil es sich um Mitarbeiter der Gemeinde, der Kommune handelt, dass man hier diese Diskussionen führt. Man würde wahrscheinlich nie in dem Ausmaß solche Dinge in der Öffentlichkeit weitertragen, wenn es sich um irgendeinen Konzern oder dergleichen handeln würde. Es sind auch die Medien, die das zu sehr aufgreifen. Irgendwie kommt mir vor, dass es jetzt in jede Richtung, sei es in die eine oder in die andere Richtung, geht, weil man sich offensichtlich das Ziel nimmt, dass man mit jedem Mitarbeiter der Stadtgemeinde in der Öffentlichkeit jonglieren kann und diese auch damit in einen Topf wirft. Natürlich gestehe ich einen jeden Gemeindemandatar zu, dass er seine Aufgabe anders beobachtet oder wahrnimmt. Bei über 300 Mitarbeiter ist es ein Leichtes, dass man auf einen trifft. Dann bitte in Zukunft, das wäre mein Wunsch, dass man derartige Dinge an das Büro der Stadtamtsdirektion herantritt und sagt "schätze ich das richtig ein oder habe ich hier eine falsche Auffassung". Das hat es in der Vergangenheit gegeben und das wird es auch in der Zukunft geben und das gibt es auch jetzt offensichtlich. Bitte dies, in welchem Gremium auch immer, in Zukunft zu unterlassen, weil Sie niemanden von unseren Beschäftigten damit helfen, sondern Sie bringen sehr viele unschuldige in Misskredit, die sich das nicht verdient haben. Wir hätten heute diese Diskussion genauso führen können im Rahmen der 35 anwesenden Gemeinderäte in einer nicht öffentlichen Sitzung. Was ist das Ziel, dass man hier jetzt diskutiert, dass hier Meinungen wiedergegeben werden, dass hier Auffassungen sind, wo Hintergrundinformation fehlt, die dann zu weiteren Spekulationen führen, wenn wir hier klärende Maßnahmen haben wollen. Ich halte davon nichts. Ich kann nur eines sagen, ich bin stolz darauf, dass wir diese Gemeinde in diesem Zustand der Bevölkerung zur Verfügung stellen können. Dass wir hier permanent Verbesserungspotential haben, streiten wir gar nicht ab. Das wissen wir, dass wir uns da oder dort anpassen müssen. Wir haben eine Gesellschaft, die in der heutigen Zeit sehr fordernd ist, die viele Leistungen einfordern, die vielleicht nicht immer in der Art und Weise gerechtfertigt sind. Wir leben damit seit vielen Jahren und wir gehen damit um. Ich glaube, wir gehen nicht schlecht damit um. Deswegen die Bitte an alle hier vertretenen Mandatäre, in Zukunft derartige Dinge, Beobachtungen durchaus aufnehmen, Fragen stellen. Diese beantwortet zu bekommen, davon bin ich 100% überzeugt, aber bitte dort, wo sie hingehören, nämlich an die Stadtamtsdirektion, weil dort die Personalhoheit liegt. Dort sind auch die Maßnahmen zu treffen, wenn in den Abteilungen mit den Abteilungsleitern etwas zu klären ist. Wenn man schon sagt, man hat als politischer Vertreter kein Recht, sich in diese Richtung einzumischen, dann dieses Recht ernst nehmen und dort hingehen, wo das Recht liegt, nämlich dort, wo es hingehört. Das ist unsere Meinung dazu als Fraktion. Es ist auch ganz meine persönliche Meinung. Darüber hinaus noch, was ich mir bitte in Zukunft wünsche, dass man den Mitarbeitern den Schutz gibt, nämlich den Respekt, den sich jeder andere Mitarbeiter in jedem Betrieb auch verdient, weil man dort nicht so leichtfertig mit derartigen Dingen umgehen würde. Aufzeigen ja, Sicherheit holen ja, aber dann den Umgang dort, wo er hingehört,

wie schon mehrfach erwähnt in die Stadtamtsdirektion, und von dort wird dann alles Weitere erledigt werden.

Gemeinderat Dummer: Ich denke schon, dass das Thema durchaus öffentlich diskutiert werden kann. Man muss nicht alles hinter verschlossenen Türen abhandeln, nur damit man es unter den Teppich kehrt. Ich finde sogar, dass man das öffentlich diskutieren muss, weil es hier ja nicht darum geht, dass die Mitarbeiter zu verurteilen sind, sondern wir haben 340 Mitarbeiter auf der Gemeinde, die gute Arbeit leisten. Sicher gibt es hin und wieder einen Leerlauf, sicher hat hin und wieder einer einen schlechten Tag und es gibt Missstände. Sie haben gesagt, Sie wissen, dass es Verbesserungsbedarf gibt. Was mich nur wundert, ist, dass wir da schon ewig darüber reden, über das Organigramm und über diese Dinge, und das nichts getan wird. Nur Wissen alleine genügt halt auch nicht. Aber da geht es heute eigentlich nicht um die Mitarbeiter sondern es geht um diese Vorgangsweise. Dieses Protokoll, das meines Erachtens schon sehr viel persönliche Aversion enthält, und das man das so hochspielt, ist eine Sache, aber es gehört darüber geredet, weil das, wie auch Martin Falb gesagt hat, sollte nicht wieder vorkommen, das darf nicht passieren, es hätte gar nicht passieren dürfen. Vor allem für die Zukunft muss man das vermeiden und darum gehört darüber geredet und zwar öffentlich und nicht irgendwo unterm Teppich im Geheimen.

Bürgermeister Laab: Wir wollen nicht über "unterm Teppich" reden. Ich habe das sehr mit Wohlwollen aufgenommen, das Lob für die Mitarbeiter, und werde es mir merken und abspeichern, wenn weitere Diskussionen geführt werden, werden ich dann darauf hinweisen, dass das gesagt wurde, wenn anders über das Personal gesprochen wird. Ich stehe zum Personal. Nur ich frage mich, was bringen wir mit dieser Diskussion weiter.

Gemeinderat Dummer: Es soll nicht mehr passieren.

Gemeinderat Falb: Wir haben, für den Fall, dass Sie uns gemeint haben, noch nie schlecht über das Personal geredet. Ich kann mich nicht erinnern. Apropos Einsparung – auch das haben Sie uns im Prinzip vorgeworfen. Herr Kube hat gesprochen von zweistelligen Prozentzahlen, was man in den fünf Jahren einsparen kann. Da sind wir hier gesessen und sind ausgelacht worden, weil wir gesagt haben, was Kube hier sagt, ist völlig unreal, das geht nicht. Wenn er ein bisschen Ahnung hätte vom Personal, dann täte er das nicht behaupten. Wenn sie da jetzt in Richtung FPÖ gezielt haben, dann ist es mir recht, aber für unsere Fraktion sage ich, von uns hat hier niemand schlecht geredet. Dass Dinge bei 340 Bediensteten vorkommen, ist unbestritten, aber die haben dort (zeigt Richtung Stadtamtsdirektion) stattzufinden und nirgends anders.

Gemeinderat Dummer: Weil Sie auch die privaten Firmen angesprochen haben. Da habe ich in der Form auch noch nie wahrgenommen, dass ein Aufsichtsrat in der Öffentlichkeit solche Protokolle irgendwo transportiert hat oder wie auch immer ansatzweise verfasst hat, Ich war selbst längere Zeit Führungskraft in einem Unternehmen und wenn ein Mitarbeiter mit solchen Aufzeichnungen zu mir gekommen wäre, hätte ich den hochkantig rausgeworfen, weil so eine Methode und solche Dinge sind nicht zu dulden. Die sind nicht zu dulden, in einem privaten Betrieb nicht und in einem öffentlichen Betrieb nicht. Das möchte ich ganz klar sagen. Und wenn da keine Einsicht da ist, dann muss ich sagen, dann verstehe ich die Welt nicht.

Gemeinderat Pfeiler: Sie haben aufgerufen zu konstruktiven Vorschlägen. Da fühle ich mich gleich angesprochen. Mein Vorschlag wäre, wirklich ohne Sarkasmus, mit wirklichen Ernst und der vollen Überzeugung, bitte, bitte, bitte, bringen wir das Thema Organigramm weiter, bringen wir das Thema Führungsspanne Bauhof voran, und zwar wirklich, um Vorsorge zu treffen, dass wir solche Diskussionen hier nicht mehr haben.

Bürgermeister Laab: Ja, bin ich auch der Meinung, man sollte in diese Richtung gehen.

Gemeinderat Falb: Ich darf einen **Antrag stellen** namens meiner Fraktion.

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau distanziert sich von den nunmehr bekannten Methoden der FPÖ zur Überwachung von Gemeindebediensteten, die der oberste Personalvertreter sogar als Stasi-Methoden bezeichnet hat. Es wird dringend appelliert, bei tatsächlichen oder vermuteten Verfehlungen von Bediensteten den vorgesehenen Dienstweg einzuhalten.

Bürgermeister Laab: Ich verstehe den Antrag nicht ganz. Es ist alles schon geklärt. Es gibt genaue Vorschriften. Das wurde jetzt diskutiert. Und jetzt braucht man für das, dass jeder Gemeinderat weiß, welche Verpflichtung er hat, einen Antrag! Das entwertet eigentlich den Gemeinderat. Aber bitte, es ist ein Antrag gestellt worden.

Gemeinderat Falb: Ein Kollegialorgan in einem demokratischen System wird nicht dadurch entwertet, dass es über Anträge abstimmt. Im Gegenteil, es ist dazu da und gewählt, über Anträge abzustimmen.

Stadtrat Moser: Der Antrag ist deswegen gerechtfertigt, glaube ich, weil sich eben die FPÖ in keiner Weise von Ihrer Vorgangsweise distanziert. Darum ist der Antrag aus meiner Sicht wichtig. Von einer Entschuldigung ganz zu schweigen.

Bürgermeister Laab: Wir haben in der Vergangenheit keine Anträge gebraucht. Da hat es genauso Gemeindemandatare gegeben, die genauso vorgegangen sind. Ich halte schon Anträge für sinnvoll, aber sie sollten dementsprechend sein.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:

SPÖ	0
ÖVP	0
FPÖ	4
GRÜNE	0
NEOS	0

Stimmenthaltung:

SPÖ	4 (Laab, Hermanek, Ryba, Buchta)
ÖVP	0
FPÖ	0
GRÜNE	0
NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	11
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Erwin Kube

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder